

Handel und Wirtschaft



Sozialstandards und Fairer Handel in Hamburg

Überlange Arbeitszeiten und Pausenverbot in der chinesischen Computerindustrie, blutige Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen, Vereinigungsverbot für Näherinnen in Bangladesch – die sozialen Produktionsbedingungen von Konsumgütern sind in vielen Ländern menschenunwürdig. Die Herstellung von Bekleidung, auch Dienstkleidung (Uniformen für Polizei, Feuerwehr, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser etc.), findet zum Teil in so genannten Billiglohnländern vor allem in Südostasien, Mittelamerika und Osteuropa statt, in denen noch nicht einmal die ILO-Kernarbeitsnormen umgesetzt sind.

Hamburg sollte endlich soziale und ökologische Kriterien im öffentlichen Vergaberecht verankern. Zu den Sozialstandards gehören das Recht auf Vereinigungsfreiheit (Gewerkschaften), die Beseitigung der Zwangsarbeit, die Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit, die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sowie angemessene Arbeitszeiten und existenzsichernde Löhne.

Fairer Handel, wie ihn die Weltläden betreiben, strebt eine gleichberechtigte Partnerschaft des Nordens mit dem Süden an. Hamburger Weltläden sind die Fachgeschäfte des Fairen Handels.

Die Adressen: www.weltladen.de/Hamburg

»Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.« Der in der Hamburgischen Verfassung festgeschriebene Auftrag gilt im besonderen Maße für den Außenhandel und Weltverkehr, der Vielzahl global agierender Unternehmen und Medien sowie der vielen hier ansässigen entwicklungspolitisch relevanten Organisationen. Die Maßgabe ist deutlich: Die Freie und Hansestadt möge so handeln, dass die Lebenschancen künftiger Generationen und anderer Länder nicht durch das Primat der Gegenwartsinteressen eingeengt werden. Hamburg muss offen sein für eine entwicklungspolitische Kooperation mit der Zivilgesellschaft und die hiesige Wirtschaftsförderung sollte es Unternehmen erleichtern, eine Geschäftspolitik zu betreiben, die sich nicht nur rechnet, sondern gleichzeitig anstrebt, mit innovativen Strategien einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung in globaler Verantwortung zu leisten.

Die Wirtschaftspolitik der »Wachsenden Stadt« reduziert sich allerdings einseitig auf eine kurzfristige Standortförderung. Zum einen entstehen kostenintensive »Leuchttürme« vor allem in der HafenCity, zum anderen spart die Stadt bei den Infrastruktureinrichtungen für den alltäglichen Bedarf wie den Öffentlichen Bücherhallen, Schwimmbädern, Schulen und Kindergärten.

Die Wirtschaftsförderung orientiert sich ausschließlich an ökonomischen Kriterien. Moralische und ethische Kriterien spielen fast keine Rolle: Die Landespolitik ignoriert die Themen Rüstungsproduktion und Waffenhandel. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewinnt der billigste Anbieter, Kriterien der sozialen Gerechtigkeit spielen dabei kaum eine Rolle. So hat die Firma Jurex im Mai 2006 den Zuschlag erhalten, alle Briefe der Hamburger Verwaltung auszutragen. Der Billiganbieter ist für niedrige Löhne und harte Arbeitsbedingungen bekannt.

Nachzügler statt Vorreiter

Bereits 2003 hatten Hamburger Nichtregierungsorganisationen und der damals noch existierende entwicklungspolitische Beirat im Rahmen der Zweiten Nachhaltigkeitskonferenz eine sozial gerechte Beschaffung von Dienstkleidung, Schnittblumen und anderen Produkten gefordert. Besonders berücksichtigen sollte der Senat regionale und ökologische Produkte sowie Produkte aus Fairem Handel. Das Bündnis drängte die Hamburgische Regierung, den Einkauf von fairem Kaffee und anderen Produkten des Fairen Handels in den Einrichtungen und Behörden der Stadt Hamburg zu etablieren. Bei verpachteten Kantinen sollten die Betreiber über die Pachtverträge an den Einkauf fairer Produkte gebunden werden. Außerdem sollte »die Stadt Hamburg zur sozial verträglichen Produktion von Be-

kleidung und Blumen sowie dem Fairen Handel eine offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um die BürgerInnen zu informieren, Alternativen aufzuzeigen und die eigene Sozialverantwortung für eine weltweit nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung deutlich zu machen.«

Noch immer engagieren sich Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerks Hamburg für die Umsetzung der weiterhin aktuellen Forderungen: So setzt sich die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign - CCC/www.saubere-kleidung.de) seit 1990 weltweit für soziale Mindeststandards bei der Herstellung von Kleidung ein und die Hamburger Regionalgruppe des internationalen Zusammenschlusses von Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen organisiert dazu mit dem Nordelbischen Missionszentrum und dem Nordelbischen Frauenwerk Veranstaltungen und Straßenaktionen. Das Kollektiv El Rojito arbeitet eng mit Kooperativen in Nicaragua zusammen und vertreibt alternativ gehandelten Kaffee. Und die Hafengruppe informiert auf Hafensrundfahrten über den Handel mit den Ländern des Südens.

Seit Sommer 2007 gibt es zarte Anzeichen für ein Umdenken im Hamburger Senat: Er kündigte an, das städtische Beschaffungswesen künftig nach sozialen Standards auszurichten. Außerdem beteiligt er sich seit 2006 an dem Aktionsbündnis Hamburg200xmalfair – immerhin ein deutliches Zeichen für den Fairen Handel. Offenbar trägt das beharrliche Engagement der Eine-Welt-Initiativen endlich Früchte. Nun ist wichtig zu sehen, welche konkreten Schritte Hamburg der Absichtserklärung in Sachen öffentlicher Einkauf folgen lässt.

Die Stadt als Vorbild

Andere Städte sind längst weiter: Neuss und Düsseldorf haben bereits weit reichende Beschlüsse zur Vergabepaxis gefasst und in die Beschaffungsordnung aufgenommen. Noch ist Hamburg Schlusslicht im Einsatz für sozial gerechtere Produktionsbedingungen: Während bundesweit über 70 Kommunen Beschlüsse gegen die Beschaffung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst haben, lehnte die CDU-Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft entsprechende Anträge ab.

Allein für Dienstkleidung gibt Hamburg jedes Jahr mehr als vier Millionen Euro aus, gemeinsam mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein kauft die Stadt EDV-Geräte im Wert von rund 100 Millionen Euro.¹

Mit diesem Investitions- und Nachfragevolumen hat Hamburg das Potenzial, ein Vorbild für faires, gesellschaftlich verantwortliches Wirtschaften zu werden.

Was wir wollen

- ▶ Der Senat wird aufgefordert, die EU-Richtlinie zur öffentlichen Auftragsvergabe, die die Aufnahme sozialer und ökologischer Kriterien ins öffentliche Vergaberecht vorsieht, in Landesrecht umzusetzen. Sozial und umweltpolitisch verantwortungsvolle Vergaberegeln sollen eingeführt werden. Der Senat möge sich auch auf Bundesebene für eine Umsetzung der EU-Richtlinien in diesem Sinne einsetzen.
- ▶ Bei öffentlichen Ausschreibungen ist die Beachtung aller ILO-Kernarbeitsnormen in der gesamten Lieferkette einschließlich europäischer Länder dabei ebenso unverzichtbar, wie die Zahlung existenzsichernder statt gesetzlich vorgeschriebener Mindestlöhne.
- ▶ Die Stadt Hamburg sollte zur Überprüfung der Einhaltung von Sozialstandards eine regelmäßige jährliche Berichterstattung der Lieferanten sowie Kontrollen der Betriebe durch externe unabhängige Institutionen, finanziert von den Unternehmen, bei der Vergabe von Aufträgen zur Auflage machen.
- ▶ Hamburg setzt sich dafür ein, dass die Sicherheitsstandards auf Schiffen unter so genannten Billigflaggen und die Sozialstandards für das auf ihnen beschäftigte Personal verbessert werden.
- ▶ Die Wirtschaftsbehörde engagiert sich aktiv für einen verstärkten Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, in den entwicklungspolitisch relevante Fragestellungen aufgenommen werden.
- ▶ Hamburg unterstützt und stärkt entwicklungspolitisch relevante Initiativen im Bereich der Wirtschaft im Sinne der Agenda 21. Dazu gehört die Förderung entwicklungs-, umwelt- und sozialverträglicher Produktions- und Vermarktungsformen in Zusammenarbeit von Politik, Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft.



¹ Quelle: Bürgerschaftsdrucksache 18/3700, Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2004